

/// Die Zukunft der Mitte

## WO LIEGT DIE NEUE BÜRGERLICHE MEHRHEIT?

**GERHARD HIRSCHER** /// Die Mitte bestimmt die Politik und (fast) alle wollen in der Mitte sein. Fragt man die Bürger in Deutschland, wo sie sich auf einer Links-Rechts-Skala einstufen, dann sieht sich die übergroße Mehrheit seit vielen Jahren unmittelbar in der Mitte oder nur leicht davon entfernt. Deshalb wollen sie auch von Parteien der Mitte regiert werden. Die größeren Parteien geben sich daher viel Mühe, als solche Kräfte der Mitte gesehen zu werden.

### Auf der Suche nach der Mitte

Wer ist in der Mitte? Die bekannte Abfrage in der Wahlforschung mit der Links-Rechts-Skala wurde immer wieder in ihrer Aussagefähigkeit in Frage gestellt, wird aber kontinuierlich von der Wissenschaft und der Publizistik verwendet. Es spricht also einiges dafür, dass sie nach wie vor eine gewisse Aussagekraft hat.<sup>1</sup> Sieht man sich auf dieser Basis die politischen Einstellun-

gen genauer an, liegt die Schlussfolgerung nahe: Die große Mehrheit ist in der Mitte. So ordnen sich laut Forschungsgruppe Wahlen in Deutschland (die Werte sind aus dem Jahr 2016) 60,6 Prozent aller Bürger in der Mitte ein. Das sind die Werte 4-6 auf einer elfteiligen Skala von 0 als ganz links und 11 als ganz rechts. In Bayern waren das sogar 63,4 Prozent.<sup>2</sup> (Siehe Abb. 1)



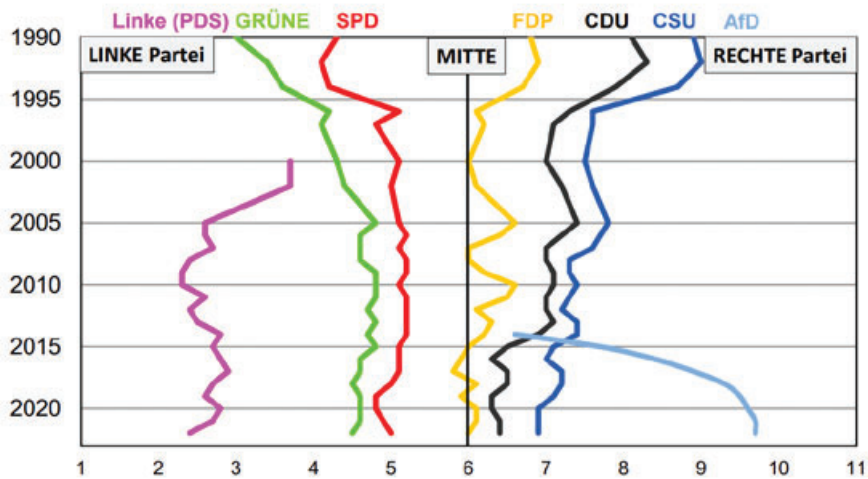
Diese Größenordnungen haben sich in den letzten Jahren nicht verändert und deuten auf eine gleichbleibende Verteilung hin. Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 2019 und 2020 haben dies erneut bestätigt: Nach diesen Daten ordnen sich (auf einer Skala von 0 bis 10) 35 Prozent genau in der Mitte ein; 78 Prozent wählen die mittleren Skalenwerte 3-7.<sup>3</sup> Gleichzeitig gibt es innerhalb Deutschlands Unter-

schiede in der Verortung: Vor einem Jahrzehnt war die Bevölkerung in Ostdeutschland deutlich linker eingestellt als im Westen.<sup>4</sup> Diese Differenzen lassen sich bezogen auf einzelne Politikfelder bis in die jüngste Zeit verfolgen.<sup>5</sup> So sind während des Ukrainekrieges deutliche Unterschiede in der Einstellung der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland zur Unterstützung der Ukraine oder zur NATO zu verzeichnen.<sup>6</sup> Die politische Mitte zeigt sich in den Regionen Deutschlands also mit unterschiedlichen Ausprägungen.

Trotz der Kontinuität der empirischen Ergebnisse gibt es immer wieder Diskussionen darüber, wie groß und wie stabil diese Mitte in Deutschland überhaupt sei. Dies bezieht sich einmal auf die ökonomische Mitte: Die Mittel-

**Die große MEHRHEIT der Wählerschaft sieht sich in der Mitte verortet.**

### Links-Rechts-Einstufung der Parteien (Mittelwerte auf Skala von 1-11, „ganz links“ bis „ganz rechts“)



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar | 2022, KW 02

schicht in Deutschland ist zweifellos groß und insgesamt stabil. Allerdings wollen manche Studien einen Rückgang erkannt haben. So hat eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung ermittelt, dass im Jahr 1995 70 Prozent zur mittleren Einkommensgruppe zählten, 2018 aber nur noch 64 Prozent. Dem widersprach eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), wonach sich 2018 etwa 80 Prozent den mittleren und oberen Schichten zuordneten gegenüber 56 Prozent im Jahr 2006.<sup>7</sup> Auch andere Studien konstatieren mindestens ab 2005 eine große Kontinuität der Mittelschicht,<sup>8</sup> innerhalb deren Reihen eine überproportionale Angst vor dem sozialen Abstieg nicht nachweisbar sei.<sup>9</sup> Die wirtschaftliche Grundsituation scheint also in der Selbst- wie Fremdeinschätzung zu bestätigen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutsch-

land zur Mitte gehört. Nicht nur im politischen, sondern auch im ökonomischen Selbstverständnis sieht sich ein großer Teil der Bevölkerung als Mitte.

Daneben gibt es immer wieder aus sozialwissenschaftlicher Sicht Studien, die die politische Stabilität der Mitte in Frage stellen. Dies hat eine lange Tradition mindestens bis zu den Studien zum „Extremismus der Mitte“ des Soziologen Seymour Martin Lipset, der 1959 die sozioökonomische Mittelschicht quasi zum natürlichen Träger des Faschismus erklärte. In dieser Tradition entstanden immer wieder Analysen, die davor warnten, dass die bürgerliche Mitte in Deutschland wegen ihrer Empfänglichkeit für rechtsextremistische Tendenzen zerfasern und für die Demokratie verloren gehen könnte. Ein bekanntes Beispiel sind die lange von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten „Mitte“-Stu-

---

dien, die allerdings in ihrer Dramatik rückläufig sind. Die jüngste Studie aus dem Jahr 2021 trägt den Titel „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021“,<sup>10</sup> während frühere Studien dieser und anderer Wissenschaftler Titel trugen wie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ (2018/19), „Die enthemmte Mitte“ (2016) oder „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ (2014). Auch in den Augen kritischer Sozialwissenschaftler scheint die grundsätzliche Stabilität der Mitte also ein realistisches Szenario zu sein.



**Die politische Stabilität der Mitte wird sozialwissenschaftlich zum Teil IN FRAGE GESTELLT.**

**Die politische Mitte heute**

Die „Mitte“ kann also aufgrund verschiedener sozioökonomischer Daten eingegrenzt werden. Politisch wichtiger ist die Tatsache, dass die Bürger in Deutschland sich selbst und die Parteien entsprechend ihrer Einschätzung als rechts oder links der Mitte verorten. Anhand der Daten bekannter Umfrageinstitute sind diese Einstufungen seit Anfang der 90er-Jahre deutlich in die Mitte gewandert. Wurden SPD und Grüne damals noch deutlich weiter links und die Union stärker rechts eingeordnet, haben sich die Einstufungen immer mehr Richtung Mitte bewegt. Das gilt heute unverändert; nur die Flügelparteien AfD und Linke werden deutlich

rechts- oder links außen gesehen. Wer ist also in den 20er-Jahren des 21. Jahrhunderts die politische Mitte in Deutschland?

Sicher ist: Die politische Mitte hat sich laut empirischer Wahlforschung in den letzten 30 Jahren verdichtet. Die Bürger und die Wähler in Deutschland sehen die wichtigsten Parteien immer deutlicher nahe an der Mitte. Die Parteien ihrerseits betonen ihre Verortung in der Mitte entsprechend klar.<sup>11</sup> Nimmt man die Skala, die die bekannten Umfrageinstitute wie Forschungsgruppe Wahlen oder Infratest dimap abfragen, dann wurden Anfang der 90er-Jahre Grüne und SPD noch weit stärker links von der Mitte und CDU und CSU weiter rechts von der Mitte verortet.<sup>12</sup> Die Grünen wurden Anfang der 90er-Jahre noch weiter links eingestuft als die PDS/Linke Anfang der 2000er. Erst nach 2005 wurden die Grünen deutlich näher der Mitte gesehen als die Linke, die bis heute sehr weit links eingestuft wird. Allerdings werden SPD wie Grüne nach wie vor von der Gesamtheit der Befragten links von der Mitte eingestuft, die Grünen auch immer noch leicht links von der SPD.

Auf der anderen Seite des Spektrums wurden CDU und CSU Anfang der 90er-Jahre dort gesehen, wo 2015/16 die AfD verortet wurde. Auch hier sind CDU und CSU in der Gesamteinschätzung deutlich in die Mitte gerückt, wobei die CSU immer noch etwas weiter rechts eingestuft wird als die CDU. Die AfD ist hingegen in dieser Bewertung ganz nach rechts gewandert. Das Bild hat sich gefestigt: Linke und AfD nehmen in den Augen der Bürger extreme Flügelpositionen ein; Grüne, SPD, FDP, CDU und CSU gruppieren sich in der Mitte. Die politische Mitte wird heute

also von mehreren Parteien bevölkert, was sich kurzfristig kaum ändern dürfte. Die (in den Augen der Wähler) linke Flügelpartei ist allerdings in Regierungskoalitionen auf Länderebene eingebunden, das Pendant rechtsaußen hingegen nicht.

Auf der individuellen Ebene fallen noch ein paar Unterschiede auf: So stufen sich die Befragten selbst insgesamt durchschnittlich noch stärker in der Mitte ein als diese die jeweiligen Parteien sehen. Daher überrascht es nicht, dass die Gesamtbevölkerung sich selbst stärker in der Mitte sieht als beispielsweise die CDU, die mehrheitlich etwas weiter rechts eingestuft wird. Die Wähler der CDU stufen sich selbst dagegen etwas weiter rechts ein. Noch akzentuierter ist dies bei den Mitgliedern der CDU, wie eine Mitgliederstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2015 gezeigt hat: Diese stufen sich (in allen Altersgruppen) weiter rechts ein als sie ihre eigene Partei verorten.<sup>13</sup> Ähnliche Ergebnisse wurden auch von anderen Instituten immer wieder präsentiert.<sup>14</sup> Dies könnte ein Indikator dafür sein, dass ein Kurs der programmatischen Mitte bei der Union eher bei den Mitgliedern auf Widerstand stoßen dürfte als bei der breiten Mehrheit der Wähler. Umgekehrt dürfte der Ruf nach mehr konservativen Positionen bei der Union eher aus dem Bereich der Mitglie-

der kommen, während bei den Wählern und den Bürgern insgesamt ein mehr an der Mitte orientiertes Angebot interessanter erscheinen dürfte.

Eine vergleichbare Disproportionalität lässt sich bei den Einstellungen zu Religion und Kirche erkennen. So sagten 2015 58 Prozent der Gesamtbevölkerung, das „C“ in der CDU sei ein Relikt aus alten Zeiten, auf das die Partei verzichten könne. Bei den CDU-Wählern waren dies immerhin 50 Prozent, bei den Mitgliedern aber nur 19 Prozent (bei den 16- bis 29-Jährigen 25 Prozent, den über 70-Jährigen aber 17 Prozent). Die Aussage „Religion ist für mich der tragende Grund meines Lebens“ wurde von 38 Prozent der Gesamtbevölkerung bejaht und von 49 Prozent der CDU-Wähler und 64 Prozent der CDU-Mitglieder (bei den jüngeren Mitgliedern nur 44 Prozent).<sup>15</sup> Mit den Kirchen überhaupt nicht verbunden fühlten sich 36 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber nur 25 Prozent der Unions-Wähler und 10 Prozent der Mitglieder.<sup>16</sup>

Unter den Mitgliedern der CDU gibt es nach wie vor große Erwartungen an die programmatische Klarheit der Partei. So sagten 2015 81 Prozent, die CDU solle nicht dem „Zeitgeist“ nachlaufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führe und 77 Prozent gaben an, das christliche Welt- und Menschenbild solle in der CDU die alleinige Grundlage für politisches Handeln bilden.<sup>17</sup> Während bei dieser Studie insgesamt 34 Prozent angaben, keiner oder einer anderen als der großen christlichen Religionen anzugehören, waren dies bei den Wählern der Partei 23 Prozent und den CDU-Mitgliedern 10 Prozent.<sup>18</sup> Diese Entwicklung läuft kontinuierlich weiter. Laut Zahlen des Instituts für Demoskopie Allensbach war der An-

**Der Kurs der programmatischen Mitte bei der UNION käme bei den Wählern gut an.**

---

teil derjenigen, die keiner der christlichen Religionen oder einer anderen Religion angehören, 2021 auf 47 Prozent gestiegen und würde 2022 die 50-Prozent-Marke übersteigen. Nur noch jeder Zehnte fühle sich einer der christlichen Kirchen eng verbunden.<sup>19</sup> Damit wird auch eines der klassischen Wählerpotenziale der Union rein quantitativ immer weniger bedeutsam. Eine deutliche Berufung auf das „C“ dürfte daher in den kommenden Jahren immer weniger Menschen ansprechen, in der Gesamtbevölkerung wie unter den potenziellen Wählern von CDU und CSU.

#### **Die künftige politische Mitte – wer und was ist dabei?**

Die Mitte wird auch in den nächsten Jahren ein pluralistisches Meinungsbild zeigen. Fundamentalistische Positionen – von welcher Partei auch immer – sind nicht mehrheitsfähig. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 hat dies erneut unterstrichen: Auf einer Liste von 12 Items (Erwartungen an die Partei, die gewählt werden soll) wurden am häufigsten genannt, bei der Partei sei es wichtig, dass sie Probleme löse, dass ihre inhaltlichen Positionen überzeugen und dass sie sozial ausgerichtet sei. Der Wunsch, dass die Partei konservativ sei, kam auf den vorletzten Platz (genannt von 36 Prozent aller Befragten), dass sie christlich ausgerichtet sei auf den letzten Platz (30 Prozent der Nennungen). Von den Unions-Wählern unterstützten diese beiden Positionen immerhin 54 Prozent und 50 Prozent.<sup>20</sup>

Die programmatische Orientierung an inhaltlichen Positionen der Mitte impliziert aber auch, dass tendenziell ein erheblicher Teil der Aktivisten und Mitglieder der Parteien vor den Kopf gesto-

**Die politische Mitte wird auch zukünftig ein PLURALISTISCHES Meinungsbild aufweisen.**

ßen werden, da ihre Herzensanliegen nur teilweise durchgesetzt werden können. Dies dürfte in einer Zeit, in der Koalitionen programmatisch unterschiedlicher Parteien (noch dazu mit mehr als zwei Partnern) die Regel sind, das potenzielle Frustrationsniveau für aktive Parteimitglieder weiter erhöhen. Warum soll man sich in der Partei aktiv engagieren, warum an programmatischen Grundsatzdebatten beteiligen, wenn die Chance, diese Inhalte, die parteiintern mehrheitsfähig sind, in den parlamentarischen Mehrheiten nicht durchsetzbar sind?

Das Selbstverständnis eines großen Teiles der Bevölkerung als Mitte zeigt den politischen Akteuren den Rahmen ihrer strategischen Aktionsräume auf. Die Flügelparteien Linke und AfD besetzen die jeweiligen extremen Enden des Spektrums. Solange diese als ernstzunehmende Mitspieler existieren und das dortige Wählerpotenzial erreichen, ist es für die anderen größeren Parteien relativ unergiebig, dort in einen Konkurrenzkampf einzutreten. Wahlanalysen haben immer wieder gezeigt, dass diese Randparteien zu großen Teilen aus ehemaligen Nichtwählern und den Wählern sonstiger kleiner Parteien bestehen und nur beschränkt aus Wählern von SPD (bei der Linken) oder Union (bei der AfD). Gleichzeitig bedeutete die Existenz dieser extremen Kräfte, dass es

noch wichtiger für die Parteien der Mitte wurde, sich in diese Mitte zu begeben und dort glaubhaft ihren Platz zu suchen. Die Orientierung zur Mitte und die Abgrenzung zur AfD sind geradezu eine „Chance“ für die Union, sich dort stärker zu etablieren, wo das größte Wählerpotenzial für sie zu finden ist.<sup>21</sup>

Die hohe Volatilität im Wahlverhalten birgt für alle Parteien neben den Chancen auch Gefahren. Die Bereitschaft – vor allem in der Mitte – grundsätzlich mehrere Parteien im Angebot wählen zu können, macht es für die Parteien schwieriger, ihr Profil zu schärfen und erhöht die Wechselbereitschaft von Wahl zu Wahl. Daneben ist in der Wählerschaft der Wunsch größer geworden, mit neuen Angeboten zu experimentieren. Die Grundlagenstudie 2021 der Hanns-Seidel-Stiftung hat gezeigt, dass (in Bayern) die theoretischen Wählerkreise mehrerer Parteien über 50 Prozent liegen. Gleichzeitig kann sich ein Drittel der Wähler (8 Prozent ganz bestimmt, 24 Prozent unter Umständen) vorstellen, eine andere Partei als die bekannten zu wählen.<sup>22</sup> Dies unterstreicht, dass nicht nur seitens der politischen Flügelparteien versucht wird, Druck auf die Mitte auszuüben. Umso wichtiger ist es, dass die Parteien der Mitte ihre Kompetenz in möglichst vielen Feldern glaubwürdig demonstrieren. Die Grundlagenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung hat vor der Bundestagswahl 2021 belegt, dass den Bürgern mehrere Themenkomplexe (vor allem Corona, Klima, Wirtschaft, Soziales) gleichrangig wichtig sind.<sup>23</sup> Analysen bekannter Institute zur Bundestagswahl haben dies unterstrichen.

Die Politik der Mitte muss fachlich breit aufgestellt sein; Single-Issue-Parteien haben dort ebenso wenig eine

Chance wie Spitzenpolitiker, die sich nur über ein Thema profilieren wollen. Eine Nachwahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 2021 hat viele der genannten Befunde bestätigt: So standen bei allen Befragten inhaltliche Positionen als Hauptgrund der Wahlentscheidung im Vordergrund neben der Fähigkeit, zukünftige Probleme zu lösen und die Fähigkeit, gut zu regieren. Der Spitzenkandidat war kaum wichtig – nur für 34 Prozent der Unions-Wähler, allerdings für 73 Prozent der SPD-Wähler. Auch die Wähler, die die Union verloren hatte, nannten diese inhaltlichen und programmatischen Dimensionen an erster Stelle. Diese abtrünnigen Unions-Wähler nannten als Grund, dass sie die Problemlösungsfähigkeit nicht erkennen können (78 Prozent), dass die Union zu zerstritten sei (69 Prozent) und dass sie nicht mehr auf der Höhe der Zeit sei (68 Prozent). Kritik, CDU und CSU hielten nicht mehr an konservativen Tugenden und Werten fest, äußerten 41 Prozent, dass sie für gläubige Christen keine Heimat mehr bilde nur 12 Prozent.<sup>24</sup>

**Die Politik der Mitte muss  
fachlich BREIT aufgestellt sein.**

Die politische Mitte muss selbst immer wieder unter Beweis stellen, dass sie der überzeugendste Träger der Politik in der Demokratie ist. Gegenwärtig stellen andere Akteure der Radikalisierung und von Verschwörungstheorien eine Her-

---

ausforderung für die demokratische Mitte dar. So hat eine neue Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach gezeigt, dass die Unterstützung unserer politischen Ordnung bei großen Teilen der Bevölkerung nicht selbstverständlich ist. So sind autoritäre Positionen bei vielen Bürgern zu finden und 31 Prozent geben an, dass wir nur scheinbar in einer Demokratie leben und die Bürger nichts zu sagen hätten. In Westdeutschland sind 28 Prozent dieser Meinung, im Osten sogar 45 Prozent. Besonders stark wird diese Aussage unterstützt von Anhängern der Linken (46 Prozent) und der AfD (76 Prozent), aber auch der FDP (43 Prozent).<sup>25</sup> Auch etwa ein Fünftel der Anhänger von SPD und Union teilen diese Meinung, was unterstreicht, dass die Mitte durchaus unter einem gewissen Erosionsdruck steht.

Die Mitte in Zeiten der Krise – das wird auch in den nächsten Jahren ein Motto der deutschen Politik sein. Ob Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise und jetzt Ukraine-Krieg mit unklaren Konsequenzen: Die politische Mitte blieb der zentrale Akteur der deutschen Politik. Damit dies auch so bleibt, muss diese Mitte weiter gestärkt werden – und die parteipolitischen Akteure müssen die gegebenen Instrumente zur Stärkung dieser Mitte nutzen und partiell erweitern. Künftige Reformvorschläge im Bereich der Parteienfinanzierung und des Wahlrechts sollten auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. ///



Quelle: Sebastian Buß/HSS

**/// DR. GERHARD HIRSCHER**  
ist Leiter der Stabsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

---

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Bauer-Kaase, Petra: Politische Ideologie im Wandel? – Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, in: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, hrsg. von Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, Wiesbaden 2001, S. 208-243; Wagschal, Uwe / König, Pascal: Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat, in: Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, hrsg. von Karl-Rudolf Korte, Wiesbaden 2015, S. 185-210.

<sup>2</sup> Siehe die Zusammenstellung bei Hirscher, Gerhard / Kühn, Marion: Rechts-Mitte-Links. Eine vorläufige Teilauswertung der Studie Einstellungen zur Politik, Policy-Paper der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2018. Die Daten stammen aus einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung: FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik. Wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren, München 2018.

<sup>3</sup> Roose, Jochen: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft, Berlin 2021, S. 31.

<sup>4</sup> Roßteutscher, Sigrid / Scherer Philipp: Links und rechts im politischen Raum: eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, hrsg. von Bernhard Weißels, Harald Schoen und Oskar W. Gabriel, Wiesbaden 2013, S. 380-406.

<sup>5</sup> Auch wenn diese Unterschiede in der allgemeinen Einordnung auf der Links-Rechts-Skala geringer geworden sein sollen, siehe: Roose: Politische Polarisierung in Deutschland, S. 43.

<sup>6</sup> Köcher, Renate: Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“. Der Ukrainekrieg hat die Stimmung völlig verändert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2022, S. 8.



- <sup>7</sup> Creutzburg, Dietrich: Die Mär von der bröckelnden Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.5.2022, S. 17; Burkhardt, Christoph / Grabka, Markus M. / Groh-Samberg, Olaf / Lott, Yvonne / Mau, Steffen: Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/dezember/die-mittelschicht-in-deutschland-broeckelt>.
- <sup>8</sup> So Niehues, Judith: Verunsicherte Milieus – eine Mittelschicht in Abstiegsangst?, in: Der Bürger im Staat, 2016/2,3, S. 143-149.
- <sup>9</sup> Lengfeld, Holger / Ordemann, Jessica: Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984-2014, in: Zeitschrift für Soziologie 2017/3, S. 167-184, hier S. 181.
- <sup>10</sup> Hrsg. von Andreas Zick und Beate Küpper, Berlin 2021; die folgende Studie wurde von Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan herausgegeben und erschien in Berlin 2019; die beiden anderen Studien: hrsg. von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Gießen 2016 sowie hrsg. von Andreas Zick und Andrea Klein, Bonn 2014.
- <sup>11</sup> Als Beispiel der 21. Parteitag der CDU in Hannover am 3./4.12.2007, bei dem anlässlich der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms „Die Mitte“ zum Tagungsmotto erkoren wurde.
- <sup>12</sup> Siehe etwa das Schaubild der FG Wahlen in: Politbarometer Januar I 2022, KW 02.
- <sup>13</sup> Neu, Viola: Ich wollte etwas bewegen. Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung, St. Augustin/Berlin 2017, S. 12.
- <sup>14</sup> So Güllner, Manfred: Der vergessene Wähler. Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien, Baden-Baden 2017, S. 204 ff.
- <sup>15</sup> Neu: Ich wollte etwas bewegen, S. 53.
- <sup>16</sup> Ebd., S. 52.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 16.
- <sup>18</sup> Ebd., S. 49.
- <sup>19</sup> Petersen, Thomas: Christliche Kultur ohne Christen. Zum letzten Mal Weihnachten mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.2021.
- <sup>20</sup> Neu, Viola / Pokorny, Sabine: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021, Berlin 2021, S. 13.
- <sup>21</sup> Jung, Matthias: Die AfD als Chance für die Union. Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern, in: Politische Studien 2015/460, S. 47-57.
- <sup>22</sup> Ferber, Markus und Jörg, Oliver (Hrsg.). Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl. Untersuchungsbericht, München 2021, S. 38.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 21 ff.
- <sup>24</sup> Pokorny, Sabine: Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Berlin 2022, S. 10-20.
- <sup>25</sup> Institut für Demoskopie Allensbach: Politischer Radikalismus und die Neigung zu Verschwörungstheorien. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag der FF Framework TV und Media GmbH, Allensbach, Februar 2022, S. 13-15.